

Ein Digitalministerium für Deutschland: Souveränität, Innovation und europäische Verantwortung

Hardware, Software, Denkware.
Kernforderungen an ein neues Digitalministerium
von Sergey Lagodinsky (MdEP)

Ausgangslage: Die digitale Welt als geopolitisches Spielfeld

Mit dem Ende des 20. Jahrhunderts ist keineswegs das „Ende der Geschichte“ eingetreten. Vielmehr hat sich der Kampf um Werte, Macht und gesellschaftliche Zukunftsmodelle in neue Räume verlagert – in den digitalen Raum. Was früher durch Panzer und Paragraphen entschieden wurde, wird heute durch Algorithmen, Plattformregeln und digitale Infrastrukturen bestimmt.

Europa – insbesondere Deutschland – steht dabei unter wachsendem Druck. Zwischen dem dominanten Digitalkapitalismus der USA, Chinas technokratischer Innovationsmaschine und dem globalen Wettlauf um technologische Vorherrschaft liegt unsere größte Bedrohung nicht in Unterlegenheit, sondern in Untätigkeit.

Wir müssen aus der digitalen Defensive herausfinden – mit einem klaren strategischen Zentrum: dem Bundesministerium für Digitales.

Digitalminister muss frischen Wind bringen

Deutschland hat endlich erkannt, dass ein eigenständiges Digitalministerium notwendig ist – und allein diese Einsicht ist ein Schritt nach vorn. Zu lange wurde die Digitalisierung zwischen verschiedenen Ressorts aufgerieben – ohne klare Zuständigkeiten und ohne strategische Führung.

Mit Karsten Wildberger wurde nun ein erfahrener Wirtschaftsmanager zum neuen Digitalminister berufen. Als jemand, der von außen kommt, soll er frischen Wind in die digitale Verwaltung bringen. Die Erwartungen sind hoch – ebenso wie die Skepsis. Denn bisher ist Wildberger in der Digitalpolitik kaum in Erscheinung getreten. Doch gerade darin könnte eine Chance liegen.

Wenn jetzt die richtigen Weichen gestellt werden – ohne die Bedürfnisse spezieller Organisationen wie Verwaltungen zu ignorieren.



Kernpunkte: Hardware, Software, Denkware

▪ Infrastruktur für Souveränität: Hardware als Fundament

Digitale Souveränität beginnt bei der Infrastruktur. Ohne stabile, flächendeckende und resiliente Netze bleiben alle Digitalstrategien bloße Absichtserklärungen.

Ein Digitalministerium muss daher Aufgaben wie den Netzausbau, den Aufbau einer Cloud-Infrastruktur & Rechenleistung, die Zentralisierung kommunaler Rechenzentren und die Standardisierung der Cybersicherheit bündeln.

Der Netzausbau muss ganzheitlich gedacht werden: Glasfaser, Mobilfunk und Satellitenkommunikation sollten zusammen entwickelt und ausgebaut werden. Europäische Satellitennetze – analog zu Starlink – bieten großes Potenzial, auch abgelegene Regionen zu erschließen und eine höhere Resilienz gegenüber Angriffen zu gewährleisten.

Zusätzlich muss der Staat Anbieter sicherer und kostengünstiger Cloud-Services werden, um digitale Selbstbestimmung zu erreichen – unabhängig von wirtschaftlichen und geopolitischen Abhängigkeiten. Auch die kommunalen Rechenzentren sollten übernommen und integriert werden, sodass eine föderal kompatible Bundes-Cloud entsteht. Dies würde Kosten reduzieren, die Sicherheit stärken und digitale Überkapazitäten schaffen, wo sie gebraucht werden: in Kommunen, Bildung, Forschung und Verwaltung.

Schließlich ermöglicht eine zentrale Cloud-Plattform einheitliche Sicherheits- und Compliance-Vorgaben, die flächendeckend wirken.

Der Fokus muss dabei auf dem Aufbau von Kapazitäten liegen – strategisch, souverän und europäisch.

▪ Digitale Innovation entfesseln: Softwarepolitik als Wachstumsstrategie

Innovation beginnt nicht mit Ideen, sondern mit deren Umsetzung. Deutschland ist stark in der Forschung, aber schwach darin, daraus marktfähige Produkte, Start-ups oder globale Technologien zu entwickeln.

Das Ministerium sollte sich als digitaler Dienstleister verstehen, der sich nicht auf Mittelvergabe beschränkt, sondern gezieltes Matchmaking zwischen Start-ups, Forschungseinrichtungen und Investoren betreibt – strategisch, technologieoffen und wirksam.

Dabei muss der Fokus auf Schlüsseltechnologien gelegt werden, zu denen Künstliche Intelligenz, ressourcenschonende Algorithmen, soziale Plattfortmtechnologien und datensparsame Innovationen zählen. Wenn beispielsweise DeepSeek in China neue Maßstäbe setzt, darf Deutschland nicht am Förderantrag scheitern.

Zudem sollte das Ministerium selbst zur Plattform werden, indem es Prozesse vereinheitlicht, Wissen bündelt und Zuständigkeiten klärt. Es braucht ein funktionales Interface zwischen Staat und digitaler Gesellschaft.

▪ **Koordination statt Chaos: Denkware für eine neue Verwaltungskultur**

Die größte Schwäche deutscher Digitalpolitik ist ihre Fragmentierung. Zwischen Bundesministerien, Ländern und Kommunen entstehen keine Synergien, sondern Reibungsverluste.

Das Digitalministerium sollte daher ein zentraler Knotenpunkt für alle digitalen Fragen werden – von GovTech über Bildung bis Cybersicherheit. Ziel ist es, Redundanzen zu vermeiden, Know-how zu bündeln und Zuständigkeiten zu klären.

Statt eines Flickenteppichs an Initiativen muss das Ministerium als Ordnungskraft im föderalen System fungieren, mit klarer Steuerungskompetenz.

Darüber hinaus sollte das Digitalministerium ein Ort der Innovation sein, an dem in agilen Laboren disruptive Projekte schnell und experimentell umgesetzt werden – ähnlich wie im Cyber Innovation Hub der Bundeswehr.

Hier steht die Machbarkeit im Vordergrund, nicht die Bürokratie.

Europäischer Anspruch: Ein deutsches Digitalministerium als Teil europäischer Resilienz

Digitale Herausforderungen machen nicht an nationalen Grenzen halt.

Ein deutsches Digitalministerium sollte daher europäische Interoperabilität priorisieren, anstatt nationale Insellösungen zu verfolgen.

Es sollte sich aktiv in EU-Digitalstrategien integrieren, etwa bei der Regulierung von Künstlicher Intelligenz, Cybergesetzen oder der europäischen Cloud-Initiative GAIA-X.

Zudem muss das Ministerium ein Treiber europäischer Digitalpolitik sein, insbesondere bei digitalen Grundrechten, der Demokratie-Infrastruktur und sicheren Kommunikationswegen.



Schlussfolgerung:

Kein Technikressort, sondern ein strategisches Machtinstrument!

Wenn Europa – und Deutschland – den digitalen Raum aktiv gestalten wollen, brauchen wir Institutionen, die dieser Aufgabe gerecht werden. Ein Digitalministerium darf nicht zur Förderbehörde degradiert werden. Es muss politische Vision, rechtliche Steuerung und technische Umsetzung verbinden. Ein solches Ministerium ist nicht nur eine nationale Notwendigkeit – es ist ein Schlüsselbaustein für Europas digitale Souveränität.